

II-4967 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 22. März 1979
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/25-1/79

2309/AB
1979 -03- 26
zu 2292/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. HUBINEK
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Mißstände bei Versorgung psychisch Kranker
(Nr. 2292/J-NR/1979)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende Fragen gerichtet:

- "1) Welche Möglichkeiten der Einflußnahme sieht das Gesundheitsministerium als oberste Gesundheitsbehörde, daß diese offenkundigen Mißstände abgeschafft werden?
- 2) Welche Überlegungen stellen Sie an, um die Psychiatrie an modernen Erkenntnissen zu orientieren, wo nicht die Bewahrung der psychisch Erkrankten, sondern die teilweise oder gänzliche Wiedereingliederung in die Gesellschaft im Vordergrund steht?
- 3) Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine mißbräuchliche Einweisung von vorübergehend verwirrten alten Menschen in die Anstalt "Am Steinhof" bzw. in ähnliche Anstalten zu verhindern?

- 2 -

- 4) Was werden Sie tun, damit bei der Betreuung psychisch kranker Menschen auf deren Persönlichkeitsrechte geachtet wird und die Möglichkeiten zur Selbsthilfe gestärkt werden?
- 5) Was werden Sie tun, damit Trennung von kurz- und langfristig Erkrankten, sowie der geistig Behinderten von psychisch Erkrankten im stationären Bereich gegeben ist?
- 6) Was werden Sie tun, damit eine Überprüfung und Neuregelung der Zwangseinweisungen in psychiatrische Anstalten (Parere) vorgenommen wird?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1) und 2):

Am 27. Mai 1975 wurde der Beirat für Psychische Medizin und am 20. Feber 1976 der Bundesbeirat für Behinderte errichtet. Diese Beiräte wurden ins Leben gerufen, um den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Verbesserung und Modernisierung der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung und einer Besserstellung der Behinderten in ihren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Chancen beratend und begutachtend zu unterstützen.

Das Bundesministerium versucht einerseits über die Verbindungsstelle der Bundesländer, andererseits über die Gesundheits- und Sozialreferate der Länder, die von diesen Beiräten erarbeiteten Vorstellungen und Überlegungen hinsichtlich der Humanisierung der psychiatrischen Versorgung in Form von Empfehlungen zu verwirklichen.

- 3 -

Auch der vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erarbeitete Bundeskrankenanstaltenplan, welcher nach mühsamen jahrelangen Verhandlungen mit den verschiedenen Rechtsträgern der österreichischen Krankenanstalten erstellt wurde, stellt eine solche Möglichkeit der Einflußnahme dar. Um die psychiatrischen Krankenhäuser zu verkleinern und zu dezentralisieren, ist in diesem Plan die Errichtung von psychiatrisch-neurologischen Abteilungen an allen Schwerpunktkrankenhäusern vorgesehen. Die Verwirklichung dieser Dezentralisierung kann selbstverständlich nur schrittweise nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erfolgen.

Eine weitere Einflußnahme sieht das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in der Vergabe von Projektstudien über die Errichtung gemeindenaher psychiatrischer Versorgungseinrichtungen. Im Rahmen dieser Forschungsaufträge entstehen in Wien, Graz und Mistelbach je eine Modelleinrichtung eines psychiatrischen Behandlungs- und Beratungszentrums.

Durch die Errichtung solcher gemeindenaher psychiatrischer Zentren wird es auch zwangsläufig zu einer Trennung zwischen Akutpatienten und Langzeitpatienten kommen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz stellt weiters auch Überlegungen an, wie man Vorschläge des Bundesbeirates für Behinderte und des Beirates für Psychische Hygiene, die Dienste für psychisch erkrankte Personen von den Diensten für geistig Behinderte zu trennen, in die Praxis umsetzen kann.

- 4 -

Was die konkreten Vorwürfe gegen das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien - Baumgartner Höhe betrifft, ist festzustellen, daß in der inneren Organisation und ganz besonders den Rehabilitationsmaßnahmen bereits wesentliche Neuerungen entstanden sind bzw. eingeführt wurden.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bemüht sich auch eine Vermehrung der Fachärzte für Psychiatrie und Neurologie zu erreichen. Es wurden bereits an einigen psychiatrischen Krankenanstalten zusätzliche Facharztausbildungsstellen für das genannte Fach genehmigt. Derzeit ist eine weitere Vermehrung solcher Ausbildungsstellen in Form einer Kostenbeteiligung des Bundes, ähnlich wie bei der Förderung der Ausbildung zum praktischen Arzt, geplant. Hiezu bedarf es jedoch noch der Zustimmung der Rechtsträger, die ja den anderen Teil der Kosten für die zusätzlich eingestellten Ärzte zu tragen haben.

Zu 3) und 6):

Auf Grund der Ergebnisse der Enquete über die Reform der Entmündigungsordnung, die am 6. Mai 1978 vom Bundesministerium für Justiz veranstaltet worden ist, wird federführend vom Bundesministerium für Justiz in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz derzeit der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Unterbringung psychisch Kranker in geschlossenen Bereichen von Krankenanstalten und Pflegeanstalten (Unterbringungsgesetz) und ein Entwurf eines Bundesgesetzes über

- 5 -

die Sachwalterschaft für Behinderte zwecks Verbesserung der rechtlichen Stellung psychisch Kranker vorbereitet; diese Neuregelung soll nach ihrer Gesetzwerdung nicht nur die Rechte psychisch Kranker ausbauen, sondern auch die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung auf eine neue Grundlage stellen.

Zu 4):

Wie in jeder anderen Krankenanstalt trägt auch in einem psychiatrischen Krankenhaus der ärztliche Leiter der Krankenanstalt die Verantwortung für eine dem Wohle des Patienten bestmöglich dienende ärztliche und pflegerische Betreuung. Ich möchte mich dagegen verwahren, daß aus Anlaß von Einzelvorkommnissen pauschal der Eindruck erweckt wird, daß die ärztlichen Leiter der Krankenanstalten diese ihre Pflichten nicht wahrnehmen.

Die Einbeziehung von Selbsthilfeeinrichtungen im Rahmen der Betreuung psychisch kranker Menschen ist sicher ein wesentliches Anliegen moderner psychiatrischer Versorgung. Derartige Aktionen werden auch bereits derzeit von meinem Ministerium - etwa hinsichtlich einer nachgehenden Alkoholikerfürsorge - im Rahmen der budgetären Möglichkeiten subventioniert.

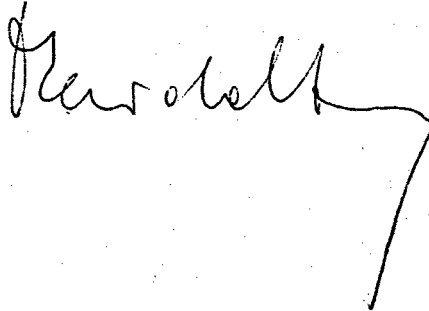
Zu 5):

Wie bereits im Rahmen der Ausführungen zu 1) und 2) dargestellt wurde, wird insbesondere die Errichtung

- 6 -

von psychiatrisch-neurologischen Abteilungen an allen
Schwerpunktkrankenhäusern bzw. die Errichtung gemeinde-
naher psychiatrischer Zentren zur Verwirklichung der in
dieser Frage aufgezeigten Zielsetzung dienen.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Kirchschläger', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.